



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|---|
| EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH | 3 |
| 04.03.2026 DIE ZEIT (online): Bundesumweltministerium streicht zeitliches Ziel für Atommüllendlager | 4 |
| 03.03.2026 taz.de: Niederlage für Umweltorganisation BUND: Gericht lehnt Eilantrag gegen Castortransport ab | 5 |
| 04.03.2026 HERZOG Magazin: BUND scheitert vor Gericht | 6 |
| 03.03.2026 GMX News: Mit Mini-Atomkraftwerken günstig Strom produzieren? RWE-Chef wird deutlich | 8 |

Atommüllendlager

Bundesumweltministerium streicht zeitliches Ziel für Atommüllendlager

Die Suche nach einem Standort für hoch radioaktive Abfälle wird fristlos verlängert. Das bisherige Zieljahr 2031 ist laut einem Ministeriumspapier nicht realistisch.

Das Bundesumweltministerium nennt kein zeitliches Ziel mehr für die Entscheidung über das geplante Atommüllendlager. Das geht aus einem Referentenentwurf hervor, aus dem der Deutschlandfunk zitiert. Darin ist das ursprüngliche Zieljahr 2031 ersatzlos gestrichen. Dieses habe sich als nicht realistisch erwiesen. Eine gesetzliche Frist sei nicht mit den Anforderungen an das Auswahlverfahren für den bestmöglichen Standort vereinbar.

Bereits vor zwei Jahren war bekannt geworden, dass die Suche nach einem Standort bis in die 2070er-Jahre andauern könnte. Dies hatte ein Gutachten im Auftrag des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung ergeben. Das Bundesumweltministerium hatte daraufhin eigentlich Maßnahmen zur Beschleunigung des Verfahrens angekündigt.

Vorlage eines Gesetzentwurfs angekündigt

Noch im November hatte Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) gesagt, den Entscheidungsprozess bei der Suche nach einem Standort für ein Atommüllendlager beschleunigen zu wollen. Ihm sei wichtig, bei der Suche "ab 2027 deutlich schneller voranzukommen", sagte Schneider damals. Für Anfang 2026 kündigte er die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs an.

An diesem Nachmittag findet eine Regierungsbefragung im Bundestag statt, bei der sich Schneider gemeinsam mit Bundesbildungs- und familienministerin Karin Prien (CDU) den Fragen der Abgeordneten stellt.

Salzstock in Gorleben als Endlager ausgeschlossen

Das Auswahlverfahren für den Beschluss des Atommüllendlagers hatten Bundestag und Bundesrat 2017 mit großer Mehrheit beschlossen. Es ist jedoch so komplex, dass es nach derzeitigem Stand erst 2074 zu einem Ergebnis füh-

ren wird. Die zur Auswahl stehenden Gebiete sind über acht Bundesländer verteilt und auf einer Deutschlandkarte im BGE-Navigator grob markiert. Als geeignet gelten demnach Granitvorkommen im Bayerischen Wald, im Harz, in Sachsen, Baden-Württemberg und Hessen. Ebenfalls als geeignet hat die BGE Gebiete mit Tongestein in Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen eingestuft sowie Salzgesteinsvorkommen in Sachsen-Anhalt und dem Thüringer Becken.

In dem künftigen Endlager sollen die 27.000 Kubikmeter hoch radioaktiver Überreste aus 60 Jahren deutscher Atomstromerzeugung für eine Million Jahre sicher deponiert werden. In den bisherigen Zwischenberichten wurde rund die Hälfte der Landesfläche untersucht und als ungeeignet ausgeschlossen – darunter schon 2020 der lange als Endlager favorisierte Salzstock in Gorleben.

Wörter: 360
Autor/-in: Alara Yilmaz AFP
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Einzelausgabe
Visits (VpD)¹: 2.228.974
Unique Users (UUpD)²: 390.000

Weblink: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-03/atommuellendlager-bundesumweltministerium-atommuell-carsten-schneider>

¹ von PMG gewichtet 10-2024

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



taz.de

Niederlage für Umweltorganisation BUND: Gericht lehnt Eilantrag gegen Castortransport ab

3. März 2026 16:54 | Medienart: Online | Visits/Monat: 16.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Schon in wenigen Tagen könnten radioaktive Brennelemente aus dem Forschungszentrum Jülich mitten durch die Ballungsräume Nordrhein-Westfalens ins Zwischenlager Ahaus rollen. „Ich denke, dass es nächste oder übernächste Woche losgeht“, so Kerstin Ciesla, stellvertretende Landesvorsitzende des Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND) in NRW, der taz.

„Trotz jahrelanger Warnungen und Proteste könnten die Castoren schon nächste Woche rollen“, glaubt ebenfalls Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. Auch ein Sprecher der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN), die den Abtransport der Brennelemente vorantreibt, sprach auf taz-Anfrage von einem Zeitraum von „einigen Wochen“.

Hintergrund ist eine am späten Montagnachmittag bekannt gewordene Entscheidung des Obergerverwaltungsgerichts (OVG) Berlin-Brandenburg. Die Umweltschützer:innen des BUND waren gezwungen, gegen die Castortransportgenehmigung vor Berliner Gerichten vorzugehen – denn die Genehmigung erteilt hatte das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base), das wiederum dem SPD-geführten Bundesumweltministerium untersteht.

Anfang Januar hatte das Verwaltungsgericht Berlin dem BUND abgesprochen, überhaupt klageberechtigt zu sein. Diese Entscheidung hat das übergeordnete OVG am Montag zwar kassiert. Inhaltlich aber folgte die zweite Instanz nicht der Argumentation der Umweltschützer:innen, nach der die Transporte gefährlich und nur unzureichend etwa gegen Drohnenangriffe gesichert seien: Auch wenn „Teile der Verwaltungsakten unter anderem aus Sicherheitsgründen nur geschwärzt zur Verfügung“ gestanden hätten, sei die vom Base erteilte Beförderungsgenehmigung „nicht offensichtlich rechtswidrig“.

Es sei „nicht ersichtlich, dass die Antragsgegnerin die Gefahr von Drohnenangriffen auf die Transporte unterschätzt haben könnte“, beschloss das OVG trotz geschwärzter Genehmigungsunterlagen. Die Entscheidung sei „unanfechtbar“.

„Wir sind fassungslos“, sagt BUND-Landesvize Ciesla. „Trotz Zweifel in Sicherheitsfragen sollen nun hoch radioaktive Transporte quer durchs Land rollen.“ Die OVG-Entscheidung sei „aus der Zeit gefallen“, findet auch Helge Bauer von der Antiatomorganisation ausgestrahlt: „Der Aufruf Irans zu Vergeltungsschlägen in europäischen Staaten betrifft auch die geplanten Castortransporte.“

SPD und Linkspartei in Nordrhein-Westfalen kritisieren die anstehenden Transporte. Die schwarz-grüne Landesregierung verstoße gegen ihren eigenen Koalitionsvertrag, der die „Minimierung von Atomtransporten“ versprochen habe, sagt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, André Stinka. „Ich bleibe dabei: Spätestens wenn der erste Castor rollt, ist der Rücktritt der für die Atomaufsicht zuständigen grünen Landeswirtschaftsministerin Mona Neubaur überfällig“, sagt auch Hubertus Zdebel, atompolitischer Sprecher der Linkspartei in NRW.

Auch in der NRW-Landesregierung selbst wachsen offenbar die Bedenken gegen die Transporte: „Wenn es nach mir ginge, könnte ich auf die anstehenden Castortransporte gerne verzichten“, teilt NRW-Innenminister Herbert Reul der taz mit. Die Polizei werde aber „ihren Job machen und diesen Einsatz professionell begleiten“. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Nordrhein-Westfalen, Patrick Schlüter, nennt die Transporte dagegen schlicht „Wahnsinn“ mit „Folgen für die Sicherheit im Land“.

Wie die Linkspartei und Teile von SPD und Grünen rufen Antiatominitiativen, Klimagruppen und Kirchen deshalb für kommenden Samstag um 11.30 Uhr zu einer Anticastordemonstration vor dem Rathaus in Ahaus auf. Am darauffolgenden Montag soll Innenminister Reul, der dann in Ahaus zu Gast ist, mit einer Mahnwache an seine Verantwortung erinnert werden.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 HERZOG Magazin

BUND scheitert vor Gericht

4. März 2026 07:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Mit der erneuten Ablehnung des BUND-Antrags scheint nun endgültig der Weg frei die bereits genehmigten Castor-Transporte auf den Weg nach Ahaus zu schicken. TEILEN

Facebook

Twitter - Anzeige -

Mit großer Enttäuschung reagieren die Anti-Atomkraft-Initiativen in NRW auf die negative Entscheidung des OVG Berlin-Brandenburg auf eine Eilklage des BUND NRW gegen den Sofortvollzug der Transportgenehmigung für die 152 Castoren. Diese sollen vom Forschungszentrum Jülich über 170 Kilometer ins Zwischenlager Ahaus transportiert werden. Die Initiativen rechnen nun schon in der nächsten

oder übernächsten Woche mit dem ersten Castor-Transport. Sie kündigen deshalb eine Intensivierung und Ausweitung ihrer Proteste an.

Erst kürzlich hatte das Bündnis „Stop Westcastor“ zu einer Mahnwache in Jülich aufgerufen.

- Anzeige -

Das Obergericht Berlin-Brandenburg (OVG) hat in der am Montag herausgegebenen Entscheidung das umstrittene Klagerecht gegen die Genehmigung von CASTOR-Transporten anerkannt, jedoch den Eilantrag des nordrhein-westfälischen Landesverbandes des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) auf Aussetzung der Durchführbarkeit der Transportfahrten im Ergebnis abgelehnt.

Enttäuschung und Kritik äußert der BUND angesichts der neuerlichen Gerichtsentscheidung. Besonders kritisch sieht der Verband, dass zentrale Teile der Genehmigungsunterlagen geschwärzt sind und die Sachlage daher von den Gerichten nur unvollständig geprüft werden konnte. Kerstin Ciesla, stellvertretende Landesvorsitzende des BUND NRW drückt es so aus: „Wir sind fassungslos: Trotz offener Fragen und verbleibender Zweifel in Sicherheitsfragen sollen nun hochradioaktive Transporte quer durchs Land rollen. Wenn wesentliche Teile der Akten geheim bleiben und selbst im gerichtlichen Verfahren nicht vollständig überprüfbar sind, bleibt ein Rest an Unsicherheit bestehen. Transparenz sieht anders aus.“

Unverständnis äußert der BUND zudem über die vom Gericht betonte besondere Bedeutung einer zeitnahen Durchführung der Transporte. Eine solche Dringlichkeit sei angesichts der Tatsache, dass der Rechtszustand der Lagerung der Castor-Transporte im Zwischenlager Jülich seit zwölf Jahren ohne dringenden Handlungsbedarf hingenommen wurde, nicht nachvollziehbar. Nach Auffassung des Verbandes ist nicht ersichtlich, warum mit den Transporten nicht bis zur endgültigen Klärung noch offener Sach- und Rechtsfragen gewartet werden könne.

Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen JEN, zuständig für Organisation und Umsetzung der geplanten Transporte, nimmt hingegen die Entscheidung des OVG erfreut zur Kenntnis, heißt es seitens des Unternehmens. In enger Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden und „mit Hochdruck“, so Pressesprecher Jörg Kriewel, würden jetzt die konkreten Planungen für die Transporte laufen. Ob die Anti-Atomkraft-Initiativen mit ihrer Einschätzung richtig liegen, dass der erste Castor bereits nächste oder spätestens übernächste Woche nach Ahaus fährt, kann Kriewel nicht bestätigen. „Die Transportdetails sind von der Polizei als Verschlussache eingestuft“, erläutert er. Aktuell gehe die JEN von wenigen Wochen bis zum Start der Transporte aus.

UTOPIA

Mit Mini-Atomkraftwerken günstig Strom produzieren? RWE-Chef wird deutlich

Mini-Atomreaktoren gelten manchen als Hoffnungsträger für "saubere" Energie. Dabei ist die Technologie noch weit davon entfernt, überhaupt zum Einsatz zu kommen. Der Chef des Energiekonzerns RWE schließt Investitionen mit deutlichen Worten aus.

Der Chef von Deutschlands größtem Stromerzeuger **RWE**, Markus Krebber, hält Investitionen in kleine Atomreaktoren (SMR) derzeit für wirtschaftlich nicht vertretbar.

"Wir sind ein technologieoffenes Unternehmen und beobachten alle Technologien, auch SMRs. Ob und wann diese Technologie kommerziell ausgereift sein wird, kann heute noch niemand sagen", sagte er dem Newsletter Energie & Klima des Nachrichtenportals Politico. "Stand jetzt ist eine Investition für ein privatwirtschaftliches Unternehmen in SMRs nicht darstellbar."

Nach derzeitigem Stand gebe es keinen einzigen Zulieferer weltweit, der eine Bauzeit zusagen und zu fest vereinbarten Kosten anbieten würde, erklärte der RWE-Chef. "So ein Investitionsrisiko sind wir als privates Unternehmen nicht bereit zu übernehmen."

Überzogene Hoffnungen wies Krebber zurück: "SMRs sind definitiv nicht die Lösung, die über Nacht alle Probleme löst."

[Ökostrom: 7 empfehlenswerte Stromtarife](#)

Was ist mit SMR gemeint?

SMR ist die Abkürzung für englisch "small modular reactor", zu deutsch: kleiner modularer Reaktor. Sie wird verwendet für Atomreaktoren, die eine deutlich geringere Leistung haben

als herkömmliche Anlagen und deren Komponenten in einer Fabrik in Serie gefertigt werden.

Die Internationale Atomenergie-Organisation IAEA bezeichnet Reaktoren mit einer Leistung von maximal 300 Megawatt als SMRs. Übliche konventionelle Kernkraftwerke haben eine Leistung von über 1.000 Megawatt.

Die Europäische Kommission will noch in diesem Jahr eine EU-weite Strategie für den Einsatz von SMRs veröffentlichen. Sie soll die SMR-Entwicklung in Europa in den nächsten zehn Jahren beschleunigen. Die Reaktoren sollen beim Erreichen der Klimaneutralität helfen.

Bundesbehörde warnt: "keine Entsorgungslösung" für neue radioaktive Abfälle

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) sieht die Pläne kritisch. Bei SMR gebe es eine ganze Reihe an ungeklärten Sicherheitsfragen, hatte die Behörde im Dezember erklärt. "Viele SMR produzieren neuartige radioaktive Abfälle, für die es heute keine Entsorgungslösung gibt", erklärte Base-Präsident Christian Kühn.

Weniger zurückhaltend in Sachen SMR-Technologie als RWE ist der Energiekonzern Uniper. In Schweden ist er zusammen mit anderen Unternehmen und der technischen Universität Stock-

holm am Aufbau einer Einrichtung zur Erforschung der Technologie beteiligt.

In der Politik hatte sich zuletzt die CSU-Landesgruppe im Bundestag für SMRs starkgemacht. Im Januar sprach sie sich dafür aus, Mini-Kernkraftwerke in Deutschland einzuführen – für eine "kostengünstige Energiegewinnung".

[Wärmepumpen-Lügen: Die Wahrheit hinter 10 verbreiteten Mythen](#)

Mehr Inhalte von Utopia.de

News, Tipps, Rezepte und Kaufberatung für eine nachhaltigere Welt.

[Kostenlos weiterlesen](#)

Utopia.de meint: Jetzt in Erneuerbare investieren statt Luftschlösser bauen

Die Debatte um Kernenergie flammt in der einen oder anderen Form seit Jahren immer wieder neu auf. Der aktuelle Fokus auf SMR ist zwar nachvollziehbar, wenn man den Versprechen glauben will – klein, modular, in Serie gefertigt, sauber.

Diese Vision sollte aber auf keinen Fall darüber hinwegtäuschen, dass Atomenergie erstens nie "saubere Energie" sein wird. Das Atommüllproblem ist und bleibt ungelöst. Und dass zweitens die Planungs- und Bauzeiten so lang und die Kosten so hoch sind, dass die Technologie unseren Bedarf an saube-

rem Strom auf absehbare Zeit nicht bedienen kann.

Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Deutschland Investitionen in klimafreundliche Energieanlagen und Netze,

die jetzt liefern können. Die Lösung für saubere Energieerzeugung kann nur in erneuerbaren Energien und Speichern liegen – weder in Kernkraftwerken noch im Ausbau von Gaskraftwer-

ken. (Diesen Ausbau wünscht sich übrigens RWE.)

Förderung von Photovoltaik vor dem Aus? Welche du dir jetzt noch sichern kannst © UTOPIA

Wörter: 536
Rubrik: Utopia.de
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Einzelausgabe
Visits (VpD)¹: 21.102.206
Unique Users (UUpD)²: 1.302.000

Weblink: <https://www.gmx.net/magazine/ratgeber/utopia/mini-atomkraftwerken-guenstig-strom-produzieren-rwe-chef-deutlich-41959484>

¹ von PMG gewichtet 02-2025

² gerundetagma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+